



Stellungnahme des
Österreichischen Raiffeisenverbandes

bezugnehmend auf die
**Farm to Fork-Strategie und
Biodiversitätsstrategie**

Juni 2020

DI Josef PLANK
DI Christoph HAMMERL

Allgemeines:

Der Österreichische Raiffeisenverband (ÖRV) begrüßt die richtungsweisenden Initiativen der Europäischen Kommission für die Realisierung eines nachhaltigen Wirtschaftssystems. Die Land- und Forstwirte und deren Genossenschaften spielen dabei eine besonders wichtige Rolle, ist doch kein anderer Sektor so unmittelbar betroffen von den Auswirkungen des Klimawandels wie dieser.

Unsere Mitgliedsbetriebe arbeiten – gemeinsam mit den heimischen Land- und Forstwirten - bereits seit Jahren erfolgreich an der nachhaltigen Entwicklung des Sektors. So wurde beispielsweise der Einsatz von synthetischen Pflanzenschutzmitteln und Dünger in den letzten Jahren markant reduziert oder auch der Anteil der THG-Emissionen um 13% gesenkt (vgl. 1990).¹ Zudem wird in den Mitgliedsbetrieben Regionalität hochgehalten, Bioökonomie realisiert und Innovation gefördert.

Es ist augenscheinlich, dass der Agrarsektor große Anstrengungen zum Klimaschutz unternimmt und sich damit deutlich zu anderen Sektoren unterscheidet. Das wiederum darf nicht ausgenutzt werden um Verfehlungen anderer durch Umweltleistungen der Landwirtschaft zu kompensieren. Viele Mitgliedsstaaten haben durch Biolandbau und Umweltprogramme bereits große Vorleistungen hin zu einer noch nachhaltigeren Land- und Forstwirtschaft unternommen. **Diese Vorleistungen müssen unbedingt durch die Kommission anerkannt werden.**

Von größter Bedeutung für die Umsetzung beider Strategien ist der verstärkte Dialog zwischen Landwirten, Genossenschaften, Kommission, EU Parlament und Mitgliedsstaaten. Es ist offensichtlich, dass die Landwirte am besten wissen wie ein grüner Übergang am effizientesten gelingen kann. Bedauerlicherweise erwecken beide Strategien jedoch den Eindruck, dass hier ohne eine angemessene Einbindung des Agrarsektors gehandelt wurde. **Der Europäische Grüne Deal ist darauf ausgerichtet niemanden zurückzulassen – daher fordern wir auch eine angemessene Einbindung des Agrarsektors.**

Ambitionierte Ziele brauchen eine ausreichende Finanzierung, da „den Bemühungen um Wiederaufbau und Wandel wird nur dann ein Erfolg vergönnt sein, wenn für die Primärerzeuger...ein nachhaltiger Lebensunterhalt gesichert ist“. Der vorgeschlagene EU Haushalt beinhaltet eine Reduktion des Agrarbudgets, obwohl die Umweltleistungen erhöht werden sollen – das ist inakzeptabel.

1. Reduktionen bei Pestizideinsatz und Dünger

→ Reduktionsziele für jeden Mitgliedsstaat individuell festlegen – bereits erbrachte Vorleistungen berücksichtigen

Der Bericht der AGES zu Pestizidrückständen² (n=799) zeigt deutlich, dass österreichische Lebensmittelproben (48,5 %) weniger oft Rückstände enthalten als der EU Durchschnitt (54,6%), wobei anzumerken ist, dass nahezu alle Proben unter den Grenzwerten lagen (Ö: 99,2%; EU: 97,0%). Auch konnten die Verkaufsmengen an chemisch-synthetischen Wirkstoffen österreichweit reduziert werden.³ Das zeigt, dass die Ö-Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten deutlich stärkere Anstrengungen unternommen hat um den Pestizideinsatz zu reduzieren. Es ist daher nur angemessen, eine individuelles Reduktionsziel für jeden Mitgliedsstaat zu definieren welches auf den bereits geleisteten Vorleistungen aufbaut.

→ Selbe Standards für internationale Handelsübereinkommen

Gleiche Standards für alle. Wir unterstreichen, dass „importierte Lebensmittel weiterhin den einschlägigen EU-Vorschriften und Normen entsprechen müssen“. Die letzten Jahre zeigten jedoch ein inkonsequentes Vorgehen der EU Behörden bei Verstößen. Das darf nicht mehr vorkommen – wir fordern mehr Audits und eine konsequente Bestrafung.

Es ist zudem besorgniserregend, dass die Kommission nach wie vor Handelsübereinkommen forciert, welche Lebensmittelimporte aus Übersee ermöglichen (Mercosur, Neuseeland). Während im Binnenmarkt die Standards erhöht werden, wird der Import aus Ländern mit deutlich niedrigeren Standards ermöglicht. Das gefährdet die Existenz der bäuerlichen Familien, drängt die europäische Agrarproduktion in Drittstaaten, schädigt die Umwelt und stellt das gesamte „European Green Deal“ Projekt in Frage.

Die Kommission fordert mehr Nachhaltigkeit von den Landwirten und unterstützt im selben Atemzug den Transport von Fleisch und Milch über die halbe Welt – das ist ein klarer Widerspruch zu dem Hauptziel des Green Deals „eine nachhaltige EU Wirtschaft“ zu realisieren. Wir fordern einen unverzüglichen Stopp dieser unakzeptablen Übereinkommen.

→ Anreize für den Verkauf von essbaren, nicht normgerechten Lebensmitteln

Die vorgeschlagenen Reduktionsziele werden den Anteil dieser Lebensmittelfraktion deutlich erhöhen. Es braucht daher dringend Verkaufsanreize um Lebensmittelverschwendung zu reduzieren und bäuerliche Einkommen zu stärken.

→ **Kompensationszahlungen für nicht durch den Landwirt verursachte Ernteverluste**

Die europäischen Landwirte leiden unter den Auswirkungen des Klimawandels, wie die anhaltenden Trockenperioden und der massive Schädlingsbefall zeigen. Eine weitere Reduktion von PSM und Dünger führt zu verstärkten Ernteaussfällen, da auftretende Pflanzenschädlinge nicht mehr in adäquatem Maße kontrolliert werden können. Um einen fairen „Übergang“ für die Landwirte zu ermöglichen braucht es daher Kompensationszahlungen für die entstandenen Ernteaussfälle.

→ **Bei der Zulassung von PSM muss die Rolle der Wissenschaft gestärkt werden**

Die PSM-Zulassung unterliegt bereits höchsten wissenschaftlichen Standards und darf nicht durch pseudowissenschaftliche Populisten beeinflusst werden. Zusätzliche Verbote von bereits beschränkten Wirkstoffgruppen beschleunigen die Bildung von Resistenzen. Daher muss ein sachgemäßer Einsatz mit wechselnden Wirkstoffen auch weiterhin gewährleistet sein.

→ **Ein sachgemäßer Einsatz von Pflanzenschutz nach dem Schadschwellenprinzip ist zur Sicherstellung der Ernte notwendig**

Das Schadschwellenprinzip („So viel wie nötig, so wenig wie möglich“) hat sich in der landwirtschaftlichen Praxis bestens bewährt, da Erntequalität- und -ertrag bei gleichzeitiger PSM Reduktion konstant gehalten werden konnte.

2. Regionale Lebensmittel

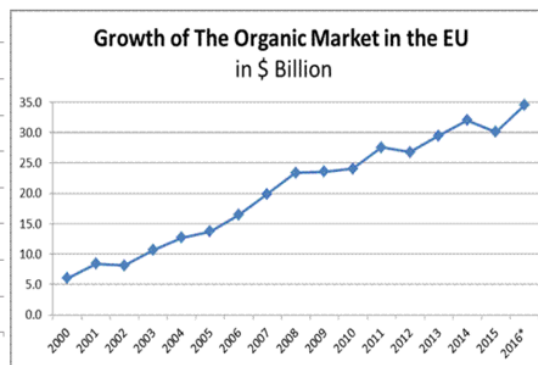
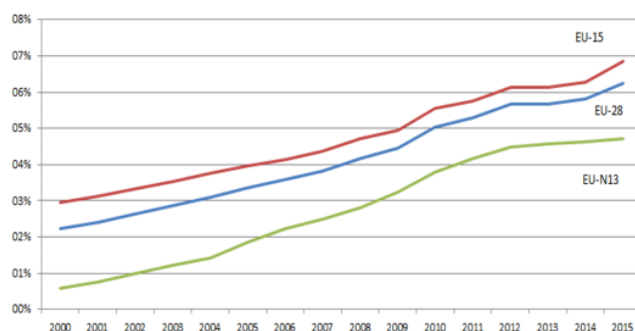
Regionale Lebensmittel sind für die Versorgungssicherheit essentiell, wie die aktuelle Krise gezeigt hat. Es ist bedauerlich, dass beide Strategien die Bedeutung von regionalen Produkten nur ungenügend beleuchten. Die vorgestellte Initiative zur Verringerung der Abhängigkeit von „kritischen Futtermittel-Ausgangserzeugnissen“ (Sojaanbau auf abgeholzten Flächen) durch Stärkung des EU-weiten Anbaus von Proteinpflanzen ist ein Schritt in die richtige Richtung, jedoch ein Widerspruch zu anderen ertrags- und flächenreduzierenden Maßnahmen (mehr Biodiversitätsflächen, Reduktion PSM). Hier bedarf es einer dringenden Klärung durch die Kommission.

Wir unterstützen die Bemühungen hinsichtlich einer Stärkung des Rechtsrahmens für geografische Angaben, den Plan für die Schaffung kürzerer Lieferketten und fordern konkretere Initiativen für regionale Produkte in der öffentlichen Beschaffung. **Wir plädieren für spezifische Maßnahmen um regionale Produkte zu unterstützen – die Sicherstellung der regionalen Lebensmittelproduktion muss ein übergeordnetes Ziel beider Strategien sein.**

3. Erhöhung der EU-weiten Biofläche

→ Die Erhöhung muss sich an der Marktnachfrage orientieren

Graph 3. Evolution of the share of the organic area in the UAA in the EU



Die linke Grafik⁴ zeigt den Anteil der Biofläche gemessen an der EU-weiten Landwirtschaftsfläche zwischen 2000 und 2016. Die rechte Grafik⁵ illustriert die Entwicklung des EU Marktes für Bioprodukte im selben Zeitraum. Damit zeigt sich, dass die Bio-Entwicklung immer an der Marktnachfrage orientiert war.

Um das vorgeschlagene Ziel von 25% Fläche erreichen zu können, benötigt es einen massiven Anstieg der Bioflächen innerhalb der nächsten 10 Jahre (7.5%→25%). Es ist unwahrscheinlich, dass unter den aktuellen Umständen (Corona, sinkende Einkommen) die Nachfrage der Konsumenten nach Bioprodukten in dem notwendigen Maße ansteigt. Wir fordern daher dringend eine Erhöhung der Biofläche basierend auf der Marktnachfrage um die Einkommenssituation der Biobauern nicht zu gefährden. Auch müssen länderspezifische Entwicklungen berücksichtigt werden.

→ EU Bioverordnung überarbeiten, da sie für die Biolandwirte mehr Hürde als Unterstützung ist.

4. Neue Wertschöpfungsketten für den Sektor

Beide Strategien erwähnen Möglichkeiten für Mehreinnahmen: Honorierung der CO₂ Bindung, Montage von Solaranlagen auf Hallen, Bioenergie und Bioökonomie. **Wir erwarten diesbezüglich weitere Initiativen der Kommission welche auf diese Vorhaben abzielen und die Umsetzung auch in gerechter Weise unterstützen.**

5. Kennzeichnung und Marketing

→ Nährwertkennzeichnung harmonisieren, aber nicht verpflichten. Nährwertprofile müssen die tägliche Aufnahmemenge berücksichtigen

Wir begrüßen eine harmonisierte Nährwertkennzeichnung an der Vorderseite von Lebensmitteln, diese muss aber vorerst auf freiwilliger Basis sein, da es einen ungleichen Mehraufwand für KMU's darstellt. Die Einführung von Nährwertprofilen muss genaustens analysiert werden und sollte unbedingt die jeweiligen Ernährungspraktiken (tägliche Aufnahmemenge) beinhalten. Beispielsweise ist die tägliche Aufnahmemenge von Butter nicht vergleichbar mit anderen Lebensmitteln – das gilt es zu beachten. Durch Nährwertkennzeichnung und -profile darf es zu keiner Diskriminierung von für die Ernährung wichtigen Lebensmitteln kommen.

→ Verpflichtende Herkunftskennzeichnung ist von enormer Bedeutung

Nicht nur der Agrarsektor, sondern auch die Konsumenten fordern eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung von Lebensmittel. Diese ist für die Konsumenten deutlich wichtiger (54%) als die Nährwertkennzeichnung (44%), wie der „EU Agricultural Outlook“ zeigt.⁷ Hier fordern wir die Kommission auf, unverzüglich zu handeln und dabei zu berücksichtigen, dass Herkunftskennzeichnung keine Beschränkung des Binnenmarktes ist.

→ Keine Preisschlachten bei LM und Diskriminierung von tierischen Lebensmittel

Die Landwirte verdienen einen fairen Preis für ihre Produkte. Wir unterstützen daher die Einführung eines EU Verhaltenskodex für verantwortungsvolle Unternehmens- und Marketingpraktiken – Preisschlachten müssen damit der Vergangenheit angehören. Es gilt dabei zu betonen, dass die Ankündigung, dass „nachhaltige Lebensmittel auch die erschwinglichsten sein müssen“ sehr fragwürdig ist und einer dringenden Klarstellung der Kommission bedarf. Die vorgeschlagene Initiative für den Übergang zu einer pflanzlicheren Ernährung benachteiligt heimische Viehzüchter, welche zu einer effektiven Grünlandbewirtschaftung (= CO₂ Bindung) beitragen.

6. Auswirkungen der Corona Krise

Der Agrarsektor wurde durch die Krise in vielfältiger Weise getroffen, konnte aber zugleich allezeit die Versorgung mit hochwertigen Lebensmittel sicherstellen. **Für zukünftige Krisenszenarien braucht es einen Notfallfond außerhalb der GAP, welcher nicht auf budgetären Umschichtungen basiert.**

7. Erhöhung der geschützten Flächen

Die europäischen Landwirte haben bereits große Anstrengungen unternommen um die Biodiversität zu erhöhen. 26% der europäischen Fläche sind heutzutage unter Schutz gestellt – das verdient Anerkennung. Die Erhöhung von streng geschützten Gebieten könnte Konflikte bezüglich der Landnutzung auslösen, da viele Mitgliedsstaaten auch die nationale Selbstversorgung erhöhen wollen. Maßnahmen gegen die Bodenversiegelung sind dringend nötig.

8. Bioenergie und Waldwirtschaft

Es muss hervorgehoben werden, dass die Nutzung von Holz aus nachhaltiger Waldbewirtschaftung zum Zwecke der Energiegewinnung klimaneutral ist und daher nach wie vor ein wichtiger Teil der zukünftigen Energieversorgung bleiben muss.⁶ Zudem ist die Bioenergiebranche ein wesentlicher und unabdingbarer Wirtschaftsfaktor in ländlichen Regionen. Die Initiative der Kommission bis 2030 drei Milliarden neue Bäume pflanzen zu wollen ist sehr zu unterstützen.

9. Forschung

Neben dem Klimawandel begünstigt auch der globale Handel die Ausbreitung neuer Schädlinge, daher ist die Forschung, Entwicklung und Zulassung von biologischen Pflanzenschutz- und Düngemitteln noch stärker zu unterstützen. Wir fordern zudem Anreize für die Verwendung von neuartigen Technologien (Robotik zur Unkrautbekämpfung) und die wissenschaftsbasierte Weiterentwicklung neuer Züchtungsmethoden. Vor dem Hintergrund der geplanten Reduktionsziele (v.a. Düngemittel) sollte auch ein nachhaltiges Nährstoffversorgungskonzept für Böden erarbeitet werden, um langfristige Schäden zu vermeiden.

Rückfragen:

DI Josef PLANK
josef.plank@oerv.raiffeisen.at

DI Christoph HAMMERL
christoph.hammerl@oerv.raiffeisen.at

Quellenangabe:

¹ Österreichisches Umweltbundesamt, „Klimaschutzbericht 2019“

² AGES, „Ergebnisse des nationalen Kontrollprogramms Pestizide 2017“

³ BMLRT, „Grüner Bericht 2019“

⁴ EU, „Facts and figures on organic agriculture in the European Union“, 2016

⁵ USDA, „EU Organic Boom Brings Opportunities for U.S. Exporters“, 2018

⁶ Hasenauer, H. „Kohlenstoffkreisläufe in Waldökosystemen“, Österreichischer Biomasseverband, 06/2014

⁷ EU AGRICULTURAL OUTLOOK, 12/2019